

# Keine Angst vor Staatsfonds

Wirtschaftsminister Jeannot Krecké plädiert für klare Regeln und Ziele, wenn Investitionen geplant werden

INTERVIEW:  
ARNE LANGNER (ST. GALLEN)

Die Handelskammer hat eine Analyse vorgelegt, um die Regierung von den positiven Auswirkungen eines eigenen Staatsfonds zu überzeugen. Doch das scheint dort – zumindest im Moment – kein Thema zu sein. Pläne mit ausländischen Staatsfonds, die in Luxemburg investieren sollen, gibt es indes. Wirtschaftsminister Jeannot Krecké, der beim 38. St. Gallen-Symposium in der Schweiz (15. bis 17. Mai) einen Vortrag über „Sovereign Wealth Funds“ hielt, will ausländische Staatsfonds nutzen, um den Forschungsstandort Luxemburg in Sachen Gesundheitstechnologie auszubauen.

■ Norwegen, Singapur oder die Vereinigten Arabischen Emirate – alles Staaten, die Staatsfonds haben. Trotz der starken, aber fragilen Einnahmequelle „Finanzplatz“ wurde in Luxemburg nie einer geschaffen. Ist das eine Unterlassungssünde der Vergangenheit?

Wir sind einen anderen Weg gegangen. Aber wir hätten es beispielsweise mit den Einnahmen aus dem e-Commerce tun können und sie in einem Staatsfonds anlegen können. Wir wissen, dass diese Einnahmen nicht ewig da sein werden. Einen Staatsfonds haben wir aber nicht gegründet, und jetzt ist es zu spät: Der Staatshaushalt hat sich bereits an die neue Situation angepasst. Erst wenn wir einen neuen Sektor haben, der zusätzliche Einnahmequellen erschließt, können wir darüber nachdenken. Aber wir haben die Überschüsse bislang ohnehin immer investiert – in Infrastruktur und Beteiligungen. Wir sind auch immer noch in Unternehmen engagiert, wo andere Länder sich längst mit ihren Beteiligungen zurückgezogen haben. Wenn man sieht, in wie vielen Unternehmen wir direkt oder über die SNCI beteiligt sind, könnte man sagen: Das hätten wir auch in einem Staatsfonds bündeln können.

■ Das könnte man doch nachträglich noch tun, oder?

Es gibt Leute, die meinen, dass es sogar besser wäre, weil der Staat dann einen leichten Überblick und mehr Kohärenz über seine einzelnen Investitionen hätte. Es geht aber nicht nur um finanzielle Aspekte und Renditesteigerungen, sondern auch um strategische Ausrichtung. Zum Beispiel im Energiesektor: Da müssen wir darauf achten, auf welche Art und Weise nun die Fusion mit Cegedel, Soteg und Saarfergas zustande



Staatsfonds bieten interessante Perspektiven für Luxemburg, meint der Wirtschaftsminister. (FOTO: ANOUK ANTONY)

kommt. Für uns kommt es unter anderem darauf an, die Aufsicht über die Stromnetze langfristig abzusichern. Ähnlich ist es bei der Post, wo wir 100 Prozent halten. Das ist eine strategische Beteiligung, keine rein finanzielle. Wie organisiert man in einem Staatsfonds die Kontrolle über derartige Investitionen? Da sehe ich noch Probleme – im Moment sind solche Pläne deswegen auch nicht reif.

■ Andere Pläne sind dagegen schon reifer: Ausländische Staatsfonds sollen sich in Luxemburg engagieren. Aber wie und wo?

Es gibt eine Reihe von Projekten, die ein Engagement von Staatsfonds gebrauchen könnten. Im Augenblick steht sehr viel Geld in Öl- und anderen Rohstoff-Staaten zur Verfügung, das investiert werden kann. Die warten wirklich drauf, dass sie es anlegen können. Nicht kurzfristig, sondern langfristig. Deshalb geht es mir auch nicht darum, ausländische Staatsfonds von den Vorteilen am Bank- und Finanzplatz zu überzeugen, sondern vielmehr darum, mit ihnen zusammen eine Reihe von Projekten zu finanzieren. Um das machen zu können, muss man aber bei uns erst mal die Angst vor Staatsfonds nehmen. Dafür muss objektiv geschaut werden, was notwendig ist. Man muss zum Beispiel klar benennen, was Staatsfonds bisher gemacht haben und was sie vorhaben – dann kann man ihnen auch einen Rahmen geben, in dem sie investieren dürfen.

■ Gibt es schon konkrete Projekte und Vorhaben, wo Sie sich ein Investment vorstellen können?

Wir wollen im Bereich der Gesundheitstechnologie etwas auf die Beine stellen. Es gibt Pläne, aber mehr kann ich dazu noch nicht sagen. Am Anfang muss man viel Geld investieren, um eine Basis zu schaffen, mit der man international Glaubwürdigkeit erhält. Phoenix, die Stadt im US-Wüstenstaat Arizona, hat es vorgemacht. Vor fünf Jahren war die Stadt in Sachen Biotechnologie ein weißer Fleck auf der Landkarte – nach großen Anfangsinvestitionen ist das heute ganz anders. Aus eigener Kraft schaffen wir das bei uns nicht. Wir brauchen mehr Forscher und Geld. Man kann nicht alles über den Staatshaushalt finanzieren. Daher bin ich der Meinung, dass man auch mal ein Projekt über den Weg mit ausländi-

chen Staatsfonds organisiert. Das muss in der Öffentlichkeit auch so dargestellt werden – sonst heißt es hinterher womöglich, wir verkaufen einfach unsere Projekte nach Russland oder Saudi-Arabien...

■ Wie stellen Sie sich das in der Praxis vor?

Wir haben bereits eine Konferenz auf Schloss Bourglinster veranstaltet, zu der wir Vertreter von Staatsfonds und Luxemburger Experten eingeladen hatten. Das hat sehr gut funktioniert. Aber leicht wird das Engagement von Staatsfonds verwechselt mit dem, was ich „Reverse Globalisation“ nenne. Bisher waren wir gewöhnt, in Ländern wie China oder Indien zu investieren. Klar, die Amerikaner

haben bei uns investiert, aber bei den Schwellenländern ist uns das neu. Das gab es früher nicht. Als ich 2005 das erste Mal als Minister in Indien war, konnte ich nicht beobachten, dass Investoren dort besonders an Beteiligungen in Europa interessiert waren. Das ist heute anders. Da werden wir uns dran gewöhnen müssen – mit den Aktivitäten von Staatsfonds hat das allerdings nichts zu tun. In den Köpfen der Europäer spielt auch die Angst vor der Globalisierung eine Rolle, die zudem immer wieder von einzelnen Politikern geschürt wird. Dabei haben Staatsfonds durchaus eine stabilisierende Funktion für die Finanzmärkte, wie die Subprime-Krise gerade gezeigt hat.

■ Was nimmt Luxemburgs Wirtschaftsminister vom Symposium in der Schweiz mit nach Hause?

Es gab eine Reihe spannender Themen – von der Finanzkrise bis zur Zukunft des Energiesektors. Die Frage der sozialen Verantwortung von Unternehmen kommt immer mehr in den Fokus – offenbar nicht nur als Lippenbekenntnis. Die CEOs haben erkannt, dass es wichtig ist, Regeln einzuhalten. Man merkt aber auch an den Teilnehmern, dass weltweit ein anderer Wind bläst. Etliche kommen aus China, Indien, Singapur oder Japan. Ich sehe viele, die sich zu Wort melden, lernen wollen – hier treffen gestandene und zukünftige Manager aufeinander. Ich hätte mir gewünscht, auch den ein oder anderen Luxemburger Studenten in St. Gallen zu sehen – doch es ist keiner da. Nur Uni-Rektor Rolf Tarrach.

## Diskrete Investoren auf der Suche

Wenn es um Staatsfonds geht, ist eine sachliche Debatte notwendig

Die Sovereign Wealth Funds sind Investmentvehikel von Staaten, die ihre Reserven anlegen, um in späteren – eventuellen – Notzeiten gewappnet zu sein. Das mache sie in aller Regel zu Investoren, die nicht nur diskret seien, sondern langfristige Partnerschaften suchen, sagte Wirtschaftsminister Jeannot Krecké vor Managern und Studenten beim St. Gallen Symposium. In einem Workshop stellte Krecké das Gerüst für eine anstehende Debatte über Staatsfonds auf.

„Entscheidend ist, dass Sovereign Wealth Funds wissen, was sie wollen“, so Krecké; der auf

verschiedenen Reisen im mittleren Osten mehrfach Kontakt mit Vertretern von Staatsfonds hatte. „Wenn sie das wissen, sollten wir ihnen den Boden bereiten, damit sie investieren können“, erklärte der Minister vor internationalem Publikum.

In Luxemburg will Krecké mit Geldern der großvolumigen Fonds den Wissenschaftsstandort stärken (siehe Interview). Seiner Meinung nach ist es Aufgabe der westlichen Länder, einen Investment-Rahmen aufzustellen, an dem die Sovereign Wealth Funds (SWF) sich orientieren können und müssen. „Wir sollten

uns in Europa auch davor hüten, mit Protektionismus an die Sache heranzugehen“, sagte er und verwies auf eigene Erfahrungen bei der Übernahmeschlacht um Arcelor – die nach einem halben Jahr Kampf mit Mittal Steel fusionierte. Wichtig sei auch, alle Investoren gleich zu behandeln.

Auf der anderen Seite sei es auch entscheidend, dass SWF bereit sind, Regeln zu akzeptieren – und dass sie aus unternehmerischer, nicht aus politisch-strategischer Perspektive investieren. Nur so könne ein fairer Wettbewerb mit dem Privatsektor gewährleistet bleiben. (Arne)